

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

10. Dezember 2012

Afghanistan

Nato-Beratungen zu Afghanistan

Bei einem zweitägigen Treffen am 04. und 05.12.12 berieten die Außenminister der Nato-Staaten u. a. über die Strategie des Bündnisses nach dem Abzug der Isaf-Truppe Ende 2014. Unklar sind vor allem Truppenstärke und Finanzierung der Nachfolgemission. Finanzielle Zusagen der internationalen Partner belaufen sich auf 4,1 Mrd. USD. Während die Geberstaaten ein erhebliches Mitspracherecht bei der Verwendung der Gelder fordern, beansprucht Afghanistan die endgültige Entscheidung hierüber.

Im Rahmen der Beratungen lobte Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen die Fortschritte der afghanischen Polizei und Armee. Afghanische Kräfte seien inzwischen für die Sicherheit von 75 % der Bevölkerung zuständig. Vier von fünf Militäreinsätzen stünden unter Leitung einheimischer Truppen. Die Ausbildung der Sicherheitskräfte erfolge zu 90 % durch afghanische Kräfte. Allerdings kommt es zu Verzögerungen beim Aufbau der Sicherheitskräfte. Da im laufenden Jahr bereits mehr als 60 Nato-Soldaten von Angehörigen der afghanischen Sicherheitskräfte oder Personen in falschen Uniformen getötet wurden, sind die Sicherheitsvorkehrungen bei der Einstellung von Bewerbern hoch und langwierig. Daher wird der für Oktober 12 vorgesehene Stand von 352.000 Mann voraussichtlich erst im Frühjahr 13 erreicht werden.

Trotz der Fortschritte wurden im laufenden Jahr mindestens 384 Nato-Soldaten getötet. Bei den afghanischen Sicherheitskräften kommen monatlich etwa 300 Mann ums Leben.

Mordanschläge

In der ostafghanischen Provinz Laghman erschossen Unbekannte am 10.12.12 die Direktorin der Frauenbehörde der Provinz. Ihre Vorgängerin war im Juli 2012 bei einem Autobombenanschlag getötet worden. Ebenfalls am 10.12.12 kam der Polizeichef der westafghanischen Provinz Nimros bei der Explosion eines am Straßenrand versteckten Sprengsatzes ums Leben. Zu beiden Anschlägen bekannte sich niemand.

Bereits am 06.12.12 wurde der afghanische Geheimdienstchef Asadullah Chalid durch einen Selbstmordattentäter schwer verletzt.

Korruption

Nach dem von Transparency International am 05.12.12 veröffentlichten Korruptions-Wahrnehmungsindex (CPI), der 176 Staaten nach der bei Beamten und Politikern wahrgenommenen Korruption bewertet, nimmt Afghanistan mit nur acht von 100 möglichen Punkten zusammen mit Nordkorea und Somalia den letzten Platz ein.

Pakistan

Khyber-Pakhtunkhwa-Provinz: Selbstmordanschlag in Bannu

Am 10.12.12 griffen zwei Selbstmordattentäter die Kaki-Polizeistation 15 km südlich von Bannu im gleichnamigen Distrikt der Khyber-Pakhtunkhwa-Provinz an. Sechs Menschen, darunter drei Polizisten, und die beiden Attentäter starben; sechs Personen wurden verletzt. Die pakistanischen Taliban bekannten sich zum Anschlag.

Provinz Belutschistan: Polizist von Unbekannten erschossen

Am 07.12.12 wurde ein Polizist in Pishin im gleichnamigen Distrikt der Provinz Belutschistan nahe der afghanischen Grenze erschossen. Die Polizei schließt einen sektiererischen Hintergrund nicht aus, da der Getötete Schiit war. Ferner wurden am selben Tag drei Menschen in Makran im Distrikt Panjgur durch Schüsse verletzt.

Syrien

Anhaltende Kämpfe

Die Kämpfe halten an. Syrische Regierungstruppen riegelten laut Angaben der Opposition nach Attacken auf Militärstützpunkte am 08.12.12 die Zugänge zur Hauptstadt Damaskus ab, auch der Flughafen bleibt umkämpft. Am 07.12.12 sollen landesweit mindestens 80 Menschen ums Leben gekommen sein.

Rebellen einigen sich auf gemeinsames Kommando

Nach Meldungen vom 07.12.12 sollen sich die Aufständischen bei einem Treffen in der Türkei, an dem auch Sicherheitsvertreter der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und der Golfstaaten teilnahmen, auf ein gemeinsames Kommando geeinigt haben. Viele der 30 Führungsmitglieder der neuen Kommando-Einheit sollen Verbindungen zu islamistischen Gruppen wie den Muslimbrüdern und den Salafisten haben. Aus dem Führungszirkel ausgeschlossen wurden die hochrangigen Offiziere, die aus Assads Armee übergelaufen sind.

NATO und USA warnen vor Chemiewaffeneinsatz/Al-Nusra-Front eroberte Chemiefabrik

Am 04.12.12 drohte NATO-Generalsekretär Rasmussen mit einer „unverzöglichen Reaktion der internationalen Gemeinschaft“, sollte das syrische Regime Chemiewaffen im Bürgerkrieg einsetzen. US-Präsident Obama hatte bereits am 03.12.12 vor einer entsprechenden Eskalation gewarnt. Nach US-Geheimdienstangaben sollen Ingenieure damit begonnen haben, die beiden chemischen Komponenten des tödlichen Nervengifts Sarin zu mischen, die normalerweise getrennt gelagert werden. Auch die Verlagerung der Waffen in andere Landesteile sei beobachtet worden. Nach Angaben von Experten verfügen die syrischen Streitkräfte über Hunderte, wenn nicht Tausende Tonnen Senfgas, Sarin und VX. Syrien hat das Genfer Protokoll von 1925 unterzeichnet, das den Einsatz von chemischen und biologischen Waffen untersagt. Das syrische Regime und Aktivisten aus Aleppo warnten vor dem Einsatz von Chemiewaffen durch mutmaßliche Anhänger der al-Qaida nahestehenden Al-Nusra-Front, die vor ca. drei Wochen eine Chemiefabrik nahe Aleppo erobert haben sollen, die Chlorgas herstellt.

UNO und EU ziehen sich weitgehend zurück/Weiterhin politische Lösung gesucht

Wegen der „extrem schwierigen“ Sicherheitslage haben die Vereinten Nationen angekündigt, „ihre Missionen vor Ort bis auf Weiteres auszusetzen und nicht zwingend notwendige Mitarbeiter vor Ort abzuziehen“. Es befanden sich ca. 1.000 internationale und örtliche Mitarbeiter der UNO in Syrien. Auch die EU, deren diplomatischer Dienst ein Büro in Damaskus hat, kündigte an, ihr Engagement auf das Nötigste zu begrenzen. Vor einigen Tagen waren UN-Soldaten auf der Straße zwischen der Stadt Damaskus und dem internationalen Flughafen beschossen worden (s. BN vom 03.12.12).

Bei einem kurzfristig anberaumten Treffen am 09.12.12 in Genf schätzten die USA, Russland und die UN die Lage im Bürgerkrieg als „schlecht und schlechter werdend“ ein, dennoch sei eine politische Lösung weiterhin möglich.

NATO beschließt Verlegung von „Patriot“-Raketen an türkisch-syrische Grenze

Die NATO beschloss am 04.12.12 die Verlegung von Flugabwehrraketen vom Typ „Patriot“ an die Grenze zu Syrien. Die Bundesregierung will nach einem Beschluss vom 06.12.12 zwei Staffeln „Patriot“-Raketen und bis zu 400 Mann für ein Jahr bereitstellen, worüber der Bundesrat in dieser Woche entscheiden soll. Die Türkei hatte die NATO darum gebeten, nachdem mehrfach türkisches Gebiet von Syrien aus beschossen worden war. Der russische Außenminister Lawrow warnte, die Entsendung der Raketen könne die Lage weiter destabilisieren.

Libanon

Kämpfe zwischen Anhängern der syrischen Bürgerkriegsparteien

In Tripoli kam es am 04. und 05.12.12 erneut zu Kämpfen zwischen den Anhängern der Bürgerkriegsparteien im benachbarten Syrien, wobei ein Mann getötet wurde und drei verletzt wurden. Nach Berichten, dass 14 Libanesen und Palästinenser, die sich den syrischen Rebellen angeschlossen hätten, in einem syrischen Dorf in der Nähe der Grenze getötet worden seien, hatten die Spannungen zwischen Sunniten und Alawiten zugenommen. Viele Beobachter befürchten ein Übergreifen des syrischen Bürgerkrieges.

Palästinensische Autonomiegebiete

Palästinenser fordern UN-Resolution gegen israelische Siedlungspolitik

Die palästinensische Führung will nach eigenen Angaben im UN-Sicherheitsrat eine bindende Resolution zur Verurteilung der israelischen Siedlungspolitik verabschieden lassen. Auch die jüngste Ankündigung der israelischen Regierung, 3.000 neue Wohnungen im Westjordanland und in Ost-Jerusalem zu bauen, könne nicht hingenommen werden. Die Ankündigungen Israels werden von Beobachtern als Reaktion auf die am 29.11.12 in der UN-Vollversammlung beschlossene Statusaufwertung (Beobachterstaat bei UN) der Palästinenser bewertet.

25-jähriges Bestehen der Hamas: Erster Besuch des Gaza-Streifens von Hamas-Chef Maschaal

Hamas-Chef Khalid Maschaal hat seinen ersten Besuch im Gazastreifen zu einer aggressiven Kampfansage an Israel genutzt. Auf einer Massenkundgebung anlässlich des 25-jährigen Bestehens der radikal-islamistischen Hamas schwor Maschaal seine Zuhörer auf kompromisslose Gebietsansprüche ein. Palästina gehöre ohne Abstriche den Palästinensern. Der seit Jahrzehnten im Exil lebende Maschaal – z.Zt. pendelt er zwischen Katar und Ägypten –, der 2004 die Führung der Hamas übernahm, machte zugleich deutlich, dass seine Organisation Israel niemals anerkennen werde. Sein Besuch im Gazastreifen wird als ein Zeichen für die neue Stärke der Hamas gesehen, deren Gründungscharta die Vernichtung Israels verlangt und die im Westen und von Israel als Terrorgruppe eingestuft wird.

Iran

Offener Protestbrief gegen Bücher-Zensur

Alle Autoren müssen das Ministerium für Kultur und islamische Führung (Ershad) um eine Erlaubnis bitten, wenn sie Bücher veröffentlichen wollen. Dagegen haben nun mehr als 100 Autoren und Übersetzer mit einem offenen Brief im Internet protestiert. Nach ihren Angaben ist es in den vergangenen Jahren immer schwieriger geworden, eine Veröffentlichungsgenehmigung zu erlangen. Revolutionsführer Ayatollah Seyyed Ali Khamenei sowie Kulturminister Mohammad Hosseini sehen das Verfahren nicht als Repression, sondern als Notwendigkeit zur Einhaltung islamischer Sitten- und Moralvorstellungen.

MEK-Geheimbericht: Iran und Hizbollah unterstützen Assad

Nach einem Geheimbericht der iranischen Exilopposition Mujahedin-e Khalq-e Iran (MEK) unterstützt Iran offenbar in bislang unbekanntem Ausmaß den syrischen Präsidenten Bashar al-Assad im Kampf gegen die Aufständischen. So sollen Syrien und Iran im Kampf gegen die Rebellen sogar einen gemeinsamen Generalstab gebildet haben. In dem Bericht der MEK heißt es weiter, Iran helfe bei der Ausbildung der syrischen Streitkräfte und warte deren Flugzeuge. Zwölf iranische Kampfpiloten, Drohnen und mehrere hundert Soldaten seien an der Front im Einsatz. Überdies soll sich dem Bericht zufolge auch die libanesische Hizbollah massiv in dem syrischen Konflikt engagieren. Ihre Kämpfer seien u.a. in der stark umkämpften Stadt Homs und in der Region Zeynabieh stationiert und sichern dort die Grenze, um Waffenimporte der Rebellen zu verhindern.

Ägypten

Rücknahme der Verfassungserklärung

Am 08.12.12 ließ Präsident Mursi bekannt geben, dass seine Sondervollmachten auf Grundlage der Verfassungserklärung vom 22.11.12 annulliert würden. Am Termin für das Verfassungsreferendum, das am 15.12.12 stattfinden soll, werde festgehalten.

Der Präsident erfüllte mit der Aufhebung seiner Sondervollmachten zwar eine zentrale Forderung der Opposition. Allerdings verfolgt er sein Ziel, den Weg frei zu machen für eine islamistisch geprägte Verfassung, weiter. Der Opposition gehen die Zugeständnisse Mursis nicht weit genug.

Demonstrationen halten an

Seit der Verfassungserklärung des Präsidenten kam es zu zahlreichen Demonstrationen von Gegnern und Anhängern des Präsidenten. Bei gewalttätigen Auseinandersetzungen kamen bisher mindestens sieben Menschen ums Leben, mehr als 700 wurden verletzt. Für den 11.12.12 rief die zur „Nationalen Rettungsfront“ zusammengeschlossene Opposition zu weiteren landesweiten Demonstrationen auf. An diesem Tag wollen auch die Unterstützer des Präsidenten demonstrieren.

Präsident Mursi ruft Militär zu Hilfe

Künftigen Massenprotesten der Opposition will Präsident Mursi mit Hilfe der Armee begegnen. Sie soll für Sicherheit sorgen und Regierungsgebäude schützen. Die Armeeführung rief zum Dialog auf. Sie warnte vor einer nationalen Katastrophe, die sie nicht zulassen könne.

Richterschaft gespalten

Obwohl unabhängige Richter dazu aufgerufen hatten, den Ablauf des künftigen Verfassungsreferendums nicht richterlich zu kontrollieren, beschloss der Oberste Justizrat am 03.12.12, die Richter würden bei der Abstimmung die Aufsicht führen. Da derartige Abstimmungen in Ägypten grundsätzlich von Richtern überwacht werden, besteht ohne richterliche Kontrolle die Gefahr, dass das Referendum für ungültig erklärt wird.

Libyen

Massenausbruch aus Gefängnis

Am 04.12.12 brachen 197 Strafgefangene mit Hilfe des Wachpersonals aus einem Gefängnis in Sebha, 800 km südlich von Tripolis, aus. Unter den Flüchtigen sollen einige Anhänger Gaddafis sein. In Sebha steigt, bedingt durch illegale Migration und Drogenschmuggel, die Kriminalität. In der Stadt werden zudem wie in einigen anderen Oasenstädten, etwa Kufra, Rivalitäten zwischen schwarzafrikanischen und arabischen Stämmen teils bewaffnet ausgetragen.

Massengrab in Tripolis entdeckt

Auf der Suche nach verschwundenen Personen entdeckte man am 04.12.12 ein Massengrab auf dem Sidi-Hamid-Friedhof im Gergarisch-Distrikt der Stadt Tripolis. Es wurden bisher 103 Leichen geborgen. Einige der Toten sollen aus Zawija, der westlichen Nachbarstadt Tripolis, stammen. Landesweit sind örtliche Komitees dabei, nach solchen Massengräbern zu suchen, in denen in der Regel Opfer der Revolution von 2011 liegen. Massengräber wurden bisher landesweit entdeckt, etwa auch in Bengasi, Zliten, Ajdabiya und Sirte.

Premierminister Zidan von Miliz bedrängt

Am 04.12.12 besuchte Ali Zidan u.a. die Küstenstadt Beida im Osten, um sich mit ihrem Stadtrat auszutauschen. Er soll dort von Mitgliedern der örtlichen Miliz bedrängt worden sein. Zidan selbst stellte dies aber gegenüber der Presse in Abrede. Die Meldungen über einen Angriff auf seine Delegation seien übertrieben. Man habe sich in einem Gebäude getroffen, welches früher von Saif al-Islam, einem Sohn Gaddafis, genutzt worden sei. Gegen die Wahl des Ortes sei von den Menschen vor Ort protestiert worden. Das Treffen sei nur durch die Demonstranten unterbrochen worden, habe aber stattgefunden.

Integritätskommission schließt weitere Personen von wichtigen Ämtern aus

Am 03.12.12 veröffentlichte die parlamentarische Integritätskommission eine weitere Liste von Personen, die sie für unwürdig erklärte, Positionen in staatlichen Institutionen zu bekleiden. Diesmal waren überwie-

gend Kandidaten für den Auswärtigen Dienst betroffen. Meist wird ihnen vorgeworfen, früher in Verbindung zum gestürzten Regime gestanden zu haben. Einige Betroffene gingen dagegen mit Erfolg gerichtlich vor.

Mali

Gespräche mit Rebellen

Bei den ersten direkten Gesprächen zwischen der malischen Regierung und den beiden Tuareg-Rebellengruppen, die den Norden des Landes besetzt halten, haben sich die Tuareg zur „territorialen Integrität“ des Landes bekannt und jede Form des Terrorismus abgelehnt. An den Verhandlungen am 04.12.12 in der burkinischen Hauptstadt Ouagadougou hatten neben Vertretern der MNLA (Nationale Befreiungsbewegung Azawad) Gesandte der Islamistengruppe Ansar al Dine teilgenommen. Die beiden Tuareg-Gruppen und die malische Regierung einigten sich auf einen Waffenstillstand, um weitere Gespräche nicht zu gefährden. Am 08.12.12 haben in Malis Hauptstadt Bamako mehrere hundert Menschen gegen diese Verhandlungen demonstriert, weil es derzeit keine Grundlage für Verhandlungen gebe.

Serbien/Kosovo

Einigung über gemeinsame Grenzverwaltung

Serbien und Kosovo haben sich am 04.12.12 unter EU-Vermittlung auf die gemeinsame Verwaltung von vier Grenzübergängen geeinigt. Serbische und kosovarische Beamte sollen die Übergänge unter Aufsicht von EU-Beamten gemeinsam kontrollieren. Diese „integrierte Grenzkontrolle“ wird ab dem 10.12.12 umgesetzt. Beide Länder deuten die Abmachung kontrovers. Serbien betont den statusneutralen Charakter des Abkommens. So werde weder Serbiens Anspruch auf Kosovo aufgegeben, noch lege das Abkommen eine zwischenstaatliche Grenze fest. Die Regierung Kosovos hingegen wertet das Abkommen als Bestätigung einer zwischenstaatlichen Grenze. Auch die im Norden Kosovos lebenden Serben befürchten eine solche Signalwirkung. Nach Gesprächen mit der serbischen Regierung haben sie nun aber beschlossen, den Dauerprotest seit der Nacht zum 05.12.12 vorübergehend einzustellen.

DR Kongo

Goma wieder unter Regierungskontrolle – Gespräche zwischen den Konfliktparteien

Gemäß den Vereinbarungen der Regionalorganisation ICGLR (Internationale Konferenz der Region der Großen Seen) mit der kongolesischen Regierung und den M23-Rebellen vom 24.11.12 räumten am 01.12.12 die M23-Rebellen Goma (Hauptstadt der ostkongolesischen Provinz Nord-Kivu). Die Rebellen, die Goma am 20.11.12 eingenommen hatten, zogen sich auf Positionen 20 km nördlich zurück. Am 03.12.12 begann die Stationierung der ersten von 600 kongolesischen Regierungssoldaten und am 05.12.12 wurde der Flughafen wieder geöffnet. Zur Beilegung des Konflikts im Ostkongo begannen am 09.12.12 in der ugandischen Hauptstadt Kampala Gespräche zwischen einer Delegation der M23-Rebellen unter der Führung von Francois Rucogoza und einer Regierungsdelegation unter der Führung von Außenminister Raymond Tshibanda.

Nigeria

Anschläge der Boko Haram

In der Nacht vom 01. auf den 02.12.12 tötete in der Ortschaft Chibok (etwa 70 km südlich der Hauptstadt Maiduguri des nordöstlichen Bundesstaates Borno) eine Gruppe mutmaßlicher Angehöriger der islamistischen Terrororganisation Boko Haram zehn Personen in einem hauptsächlich von Christen bewohnten Stadtteil. Die Gruppe soll auch für Anschläge am 02.12.2012 auf drei Kirchen und eine Polizeistation in der Stadt Gamboru (an der Grenze zu Kamerun) verantwortlich sein, bei denen zwei Polizisten getötet worden sein sollen.

Ghana

Knapper Wahlsieg für Präsident Mahama

Nach dem am 09.12.12 von der Wahlkommission verkündeten vorläufigen Wahlergebnis gewann der amtierende Präsident John Dramani Mahama von der Regierungspartei NDC (National Democratic Congress) die Präsidentenwahlen vom 07.12.12 mit rund 51 Prozent der abgegebenen Stimmen. Auf seinen stärksten Konkurrenten, Nana Akufo-Addo, der für die bedeutendste Oppositionspartei NPP (New Patriotic Party) kandidierte, entfielen 47,74 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei etwa 80 Prozent der rund 14 Millionen Wahlberechtigten. Da in vielen Wahllokalen Unterlagen fehlten und die biometrischen Systeme nicht funktionierten, mit denen Wähler per Fingerabdruck identifiziert wurden, wurden die Wahlen teils bis zum 08.12.12 verlängert. Wie Wahlbeobachter der Westafrikanischen Staatengemeinschaft ECOWAS, des Commonwealth und der örtlichen Beobachtergruppe CODEO (Coalition of Domestic Election Observers) verlauteten, verliefen die Wahlen friedlich und transparent. Die NPP sprach hingegen von Wahlbetrug und kündigte an, das Ergebnis anzufechten. Die Polizei ging mit Tränengas gegen mehrere Hundert Anhänger Akufo-Addos vor, die sich am 09.12.12 in Accra vor den Büros der Wahlkommission versammelt hatten.

Togo

Rückgang bei Genitalverstümmelungen

Bereits am 29. und 30.11.12 wurde in Sokodé in einer nationalen Zeremonie die „Abschaffung“ der weiblichen Genitalverstümmelung offiziell verkündet und gefeiert. Die in Deutschland ansässige Nichtregierungsorganisation (I)NTACT führte in den vergangenen Jahren zusammen mit mehreren togoischen Organisationen landesweit vor Ort Aufklärungskampagnen durch, sprach mit lokalen Autoritäten und den Beschneiderinnen. Letztere erhielten Kleinkredite, um sich alternative Einkommensformen erschließen zu können.

Untersuchungen der letzten Jahre dokumentieren einen kontinuierlichen Rückgang der weiblichen Genitalverstümmelungen, die seit 1998 verboten ist. So lag die Beschneidungsrate bei Mädchen im Alter von bis zu 14 Jahren, die als Indikator für die aktuelle Verbreitung der Praxis gilt, im Jahr 2008 bei 0,7 Prozent. Die Rate sank 2010 auf 0,4 Prozent und liegt nach einer Studie aus dem Jahr 2012 aktuell noch darunter.